

ANTRAG

auf Gewährung eines Zuschusses aus dem Programm zur Förderung des Technologie- und Wissenstransfers in KMU inklusive Handwerksbetriebe

- Innovationsgutscheine -

Investitionsbank
des Landes Brandenburg
Technologie und Medien
Postfach 90 02 61
14480 Potsdam

Antragsnummer der Investitionsbank des Landes Brandenburg

Zutreffendes bitte im Antrag ankreuzen

Eingangsstempel der
Investitionsbank des Landes Brandenburg

Achtung: Die vollständige Beantwortung der Fragen in diesem Antragsformular sowie in den beigegeführten Anlagen ist Voraussetzung für die Bearbeitung Ihres Antrages. Es besteht kein Rechtsanspruch auf die Gewährung einer Zuwendung. Mit dem Vorhaben darf erst nach Antragstellung begonnen werden. Beginn der Maßnahme ist der Abschluss eines der Ausführung zuzurechnenden Lieferungs- und/oder Leistungsvertrages.

Anträge werden nur nach Erstberatung durch eine themenverwandte Technologietransferstelle und nach fachlicher Begutachtung durch die ZAB GmbH entgegengenommen.

Kleiner Innovationsgutschein (max. Zuschuss 3.000,00 EUR, Förderquote 100 %)

Großer Innovationsgutschein (max. Zuschuss 15.000,00 EUR, Förderquote 70 %)

Vorhaben (Kurztitel)

1 Antragsteller

1.1 Hauptsitz

Name, Vorname/Firma

Postanschrift (Straße/Haus-Nr./Postfach/ PLZ/Ort)

Tel./Fax (mit Vorwahl)

Ansprechpartner/in:

Name, Vorname (ggf. akademischer Grad)

e-mail

Tel./Fax (mit Vorwahl)

1.2 Betriebsstätte (nur ausfüllen, falls die Anschrift der Betriebsstätte nicht mit dem Hauptsitz identisch ist)

Sitz der Betriebsstätte (Straße/Haus-Nr./Postfach/PLZ Ort)

Tel./Fax (mit Vorwahl)

1.3 Branche

Art der gewerblichen Tätigkeit

Branchenschlüssel (wenn bekannt)

2 Anzahl der beschäftigten Arbeitskräfte im Unternehmen

Anzahl	Beschäftigte		Ausbildungsplätze
	insgesamt	davon in Forschung und Entwicklung	
unmittelbar vor Beginn des Vorhabens			
nach Abschluss des Vorhabens			

laut letztem festgestellten Jahresabschluss (per: __.__.20__):

Umsatz: EUR _____ **Bilanzsumme:** EUR _____

3 Angaben zum Unternehmen/zur Person

Gesellschaftsrechtliche und wirtschaftliche Verhältnisse

Eine Gewerbebeanmeldung mit Datum vom _____

am Standort _____ liegt vor/ wird nachgereicht.

Der Antragsteller ist beim Amtsgericht _____ unter Nr. _____
im Handelsregister eingetragen.

Tag der ersten Eintragung: _____

Gegenstand des Unternehmens: _____

Grund- oder Stammkapital: _____

Geschäftsführer: _____

Prüfung der Beteiligungsverhältnisse bei kleinen und mittleren Unternehmen

Gehört die Betriebsstätte zu einem Unternehmen, das zu 25 % oder mehr des Kapitals oder der Stimmrechte unmittelbar im Besitz eines anderen Unternehmens bzw. einer öffentlichen Stelle oder im Besitz mehrerer verbundener Unternehmen bzw. öffentlicher Stellen ist? nein ja¹

Hält das antragstellende Unternehmen Anteile von 25 % oder mehr an anderen Unternehmen? nein ja¹

Falls ja, dann ist die Tabelle unter Ziffer 3.2 unbedingt auszufüllen.

¹ Darstellung der Beteiligungen mit einem Organigramm (siehe Anlage „Beispiel Firmenorganigramm“).

Halten Gesellschafter des antragstellenden Unternehmens Anteile von 25 % oder mehr an anderen Unternehmen? nein ja¹

Falls ja, dann ist die Tabelle unter Ziffer 3.3 unbedingt auszufüllen.

Erstellt das Unternehmen eine konsolidierte Bilanz oder ist es im Abschluss eines anderen Unternehmens enthalten? nein ja

3.1 **Gesellschafter** des Antragstellers (ggf. auch Komplementär GmbH):

Name, Vorname, Wohnsitz (bei Unternehmen: Firma, Sitz)	Höhe der Beteiligung in % des Gesellschafts- kapitals	Jahresumsatz in EUR*	Bilanzsumme in EUR*	Anzahl Beschäftigte*

3.2 Beteiligung des Antragstellers/des antragstellenden Unternehmens an anderen Unternehmen:

Name, Vorname, Wohnsitz (bei Unternehmen: Firma, Sitz)	Höhe der Beteiligung in % des Gesellschafts- kapitals	Jahresumsatz in EUR*	Bilanzsumme in EUR*	Anzahl Beschäftigte*

3.3 Beteiligung der **Gesellschafter** des Antragstellers an anderen Unternehmen:

Name des Gesellschafters	Unternehmen	Höhe der Beteiligung in % des Gesellschafts- kapitals	Jahresumsatz in EUR*	Bilanzsumme in EUR*	Anzahl Beschäftigte*

* bei Unternehmen

Liegt ein Beherrschungsvertrag vor?

nein ja, mit wem: _____

Streubesitz nein ja Wenn ja, dann bitte Erklärung unter Ziffer 11 abgeben.

4 Angaben für die Prüfung des Vorliegens eines Unternehmens in Schwierigkeiten gemäß geltender Definition der EU^{2 3}

Das antragstellende Unternehmen gibt nachfolgende in den Buchführungsdokumenten (z. B. Jahresabschluss) ausgewiesene Zahlen hinsichtlich Eigenkapital und Verlust oder in der Einnahmenüberschussrechnung ausgewiesene Zahlen hinsichtlich Einnahmen und Ausgaben wieder⁴

- Das wirtschaftliche Eigenkapital am Abschlussstichtag des vorletzten Geschäftsjahres (Datum: _____) beträgt _____ EUR.

Das wirtschaftliche Eigenkapital am Abschlussstichtag des letzten Geschäftsjahres (Datum: _____) beträgt _____ EUR.

Sofern noch nicht vorliegend:

Das wirtschaftliche Eigenkapital gemäß vorläufigem Jahresabschluss (Datum: _____) beträgt _____ EUR.

Der Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag aus der aktuellen BWA beträgt _____ EUR.

oder

- Die Einnahmen des vorletzten Wirtschaftsjahres (Kalenderjahr: _____) betragen _____ EUR und die Ausgaben betragen _____ EUR.

Die Einnahmen des letzten Wirtschaftsjahres (Kalenderjahr: _____) betragen _____ EUR und die Ausgaben betragen _____ EUR.

Die Einnahmen im aktuellen Wirtschaftsjahr (Datum: _____) betragen _____ EUR und die Ausgaben betragen _____ EUR.

5 Vorförderung(en)

Haben Sie weitere „De-minimis“-Beihilfen und/oder Kleinbeihilfen beantragt bzw. im laufenden Kalenderjahr sowie in den vorangegangenen zwei Kalenderjahren „De-minimis“-Beihilfen oder in 2011 Kleinbeihilfen erhalten?⁵

- nein ja, dann bitte Anlage „De-minimis“- und/oder Kleinbeihilfen ausgefüllt beifügen

6 Angaben zum Vorhaben

6.1 Zeitliche Durchführung des Vorhabens

Achtung: max. 2 bzw. 6 Kalendermonate

Mit dem Vorhaben darf erst nach Antragstellung begonnen werden. Beginn der Maßnahme ist der Abschluss eines der Ausführung zuzurechnenden Lieferungs- und/oder Leistungsvertrages.

Beginn

Tag	Monat	Jahr

Beendigung

Tag	Monat	Jahr

² ABI. EU 2004 Nr. C 244 S. 2

³ Erläuterungen siehe Merkblatt „Unternehmen in Schwierigkeiten“ unter www.ilb.de

⁴ Hinweis: Die hier anzugebenden Zahlen beziehen sich auf die Abschlussstichtage der letzten zwei aufeinander folgenden Geschäftsjahre und ggf. (d. h. soweit vorhanden) die letzte Betriebswirtschaftliche Auswertung (BWA) oder bei der Einnahmenüberschussrechnung auf das aktuelle Wirtschaftsjahr.

⁵ Trifft nur bei Beantragung des kleinen Innovationsgutscheines zu.

- 6.2 Es handelt sich um eine
- neuartige Produktentwicklung
 - neuartiges Dienstleistungsangebot
 - Verfahrensinnovation
 - Weiterentwicklung von Produkten und Verfahren
 - Machbarkeitsstudie
 - Messung/Laboranalyse

- 6.3 Wie wurde der Antragsteller auf das Programm aufmerksam?
- Technologietransferstelle
 - ZAB GmbH
 - wissenschaftliche Einrichtung
 - IHK/HWK
 - ILB
 - Internet
 - Verbände
 - Unternehmensnetzwerk
 - andere

6.4 Angaben zur Wissenschafts- bzw. Forschungseinrichtung als Leistungserbringer

Einrichtung

Postanschrift (Straße/Haus-Nr./Postfach/ PLZ/Ort)

Tel./Fax (mit Vorwahl)

Ansprechpartner/in: _____
Name, Vorname (ggf. akademischer Grad)

e-mail

Tel./Fax (mit Vorwahl)

7 Ausgabenplan (in EUR)

Sind Sie bei der Durchführung der Maßnahme zum Vorsteuerabzug berechtigt?

- ja Förderung nur auf Nettokosten (Angaben enthalten keine Mehrwertsteuer)
- nein Förderung auf Bruttokosten (Angaben enthalten Mehrwertsteuer)⁶

Ausgaben ⁷	gesamt	davon förderfähig	davon nicht förderfähig
Aufträge an Dritte			
Ausgaben (gesamt)			

⁶ Die Bescheinigung zur Befreiung vom Vorsteuerabzug ist als Anlage beizufügen.

⁷ Gefördert werden nur Aufträge an Dritte, hier Wissenschaftseinrichtungen

8 **Finanzierungsplan** (in EUR)

Eigenmittel des Antragstellers	
Hausbankkredit	
sonstige Fremdmittel ⁸	
beantragter Zuschuss	
Finanzierung (gesamt)	

Hinweis: Die Summe der Gesamtfinanzierung muss der Summe der Gesamtausgaben entsprechen.

9 **Erklärungen**

9.1 Ich/Wir bestätige(n) die Richtigkeit und Vollständigkeit der im Antrag und den Anlagen gemachten Angaben.

9.2 Die Bedingungen der Richtlinie des Ministeriums für Wirtschaft des Landes Brandenburg zur Förderung des Technologie- und Wissenstransfers in kleinen und mittleren Unternehmen im Land Brandenburg – Innovationsgutscheine - erkenne(n) ich/wir an. Die Hinweise zum Antragsverfahren sind beachtet worden.

9.3 Ich/Wir erkläre(n), dass

- mit dem Vorhaben noch nicht begonnen wurde,
- der nicht durch die Zuwendung und Mittel Dritter gedeckte Teil der Ausgaben des Vorhabens durch Eigenmittel gesichert ist.

9.4 Ich/Wir erkläre(n), dass

- für das Vorhaben keine öffentliche Förderung bei einer anderen Stelle beantragt wurde oder wird.
- ich/wir bisher noch keinen Kontakt zu einer Forschungseinrichtung hatte(n)⁹.
- Gesellschafter, Geschäftsführer, Mitarbeiter und ggf. Aufsichtsrats- oder Beiratsmitglieder des antragstellenden Unternehmens nicht gleichzeitig in dem/r Institut/Fachbereich/Abteilung der Wissenschaftseinrichtung, das/die mit der Leistung beauftragt wird, tätig sind.¹⁰

9.5 Mir/Uns ist bekannt, dass die folgenden in diesem Antrag anzugebenden Tatsachen subventionserheblich im Sinne des § 264 des Strafgesetzbuches sind und dass ein Subventionsbetrug nach dieser Vorschrift strafbar ist.

Angaben zu:

- a) Antragsteller (Ziffer 1.1 und 1.2)
- b) Branche (Ziffer 1.3)
- c) Anzahl der Beschäftigten und Jahresumsatz/Jahresbilanzsumme (Ziffer 2)
- d) Beteiligungsverhältnissen (Ziffer 3 und 11)
- e) Vorförderungen (Ziffer 5)
- f) Angaben zum Vorhaben, soweit sie als Tatsachen bereits sicher feststehen (Ziffer 6)
- g) Beginn des Vorhabens (Ziffer 6.1 und 9.3)

⁸ Bitte näher erläutern und durch Verträge etc. untersetzen!

⁹ Trifft nur bei Beantragung des kleinen Innovationsgutscheines zu. Nicht gefördert werden Unternehmen, die bereits ein Landes-, Bundes- oder EU-Projekt der angewandten Forschung und Entwicklung unter Beteiligung einer Wissenschaftseinrichtung als Kooperationspartner oder Unterauftragnehmer durchgeführt haben. Von der Förderung ebenfalls ausgeschlossen sind Unternehmen, deren Gesellschafter, Geschäftsführung, deren Mitarbeiter und ggf. Aufsichtsrats- oder Beiratsmitglieder aktuell oder zuvor an der Wissenschaftseinrichtung, die mit der Leistung beauftragt wird, tätig sind oder waren.

¹⁰ Trifft nur bei Beantragung des großen Innovationsgutscheines zu.

h) anderen öffentlichen Finanzierungshilfen (Ziffer 8 und 9.4)

Mir/Uns sind weiterhin das Brandenburgische Subventionsgesetz vom 11. November 1996 (GVBl Bbg I, Nr. 24, Seite 306) sowie § 4 des Subventionsgesetzes vom 29. Juli 1976 (BGBl. I S. 2037) bekannt, wonach insbesondere Scheingeschäfte und Scheinhandlungen für die Bewilligung, Gewährung, Rückforderung und Weitergewährung oder das Belassen einer Subvention oder eines Subventionsvorteils unerheblich sind. Das bedeutet, dass für die Beurteilung der tatsächlich gewollte Sachverhalt maßgebend ist. Dies gilt insbesondere auch für die Mittelabrufe und die zu führenden Verwendungsnachweise.

- 9.6 Mir/Uns sind die nach § 3 des Subventionsgesetzes bestehenden Mitteilungsverpflichtungen bekannt; insbesondere werde(n) ich/wir jede Abweichung von den vorstehenden Angaben unverzüglich der die Bewilligung/Bescheinigung erteilenden Behörde mitteilen, und zwar über die Stelle, bei der der Antrag eingereicht wurde. Auch das Unterlassen von Mitteilungen über Änderungen zu diesen Tatsachen ist subventionserheblich.
- 9.7 Ich/Wir erkläre(n) auf der Grundlage der unter Ziffer 4 gemachten Angaben, dass das antragstellende Unternehmen gemäß geltender Definition der EU¹¹ kein Unternehmen in Schwierigkeiten ist.

Ort, Datum

Unterschrift des Antragstellers/Firmenstempel

¹¹ ABI. EU 2004 Nr. C 244 S. 2

**10 Einwilligungserklärung zur Datenverarbeitung und Auskunftserteilung/
Einverständniserklärung**

- 10.1 Wir sind damit einverstanden, dass zum Zwecke der Transparenz von Fördermaßnahmen der Bund im Einvernehmen mit dem jeweiligen Land oder das jeweilige Land den Namen des Empfängers der Zuwendung sowie Angaben über das Vorhaben und über die Höhe des Zuschusses in geeigneter Form veröffentlichen kann.
- 10.2 Uns ist bekannt, dass alle in diesem Antrag enthaltenen persönlichen und sachlichen Daten bei der für den Investitionsort zuständigen Behörde oder sonstigen Annahmestelle zum Zwecke der Antragsbearbeitung, Subventionsverwaltung und statistischen Auswertung auf Datenträgern erfasst und verarbeitet werden. Die zuständigen Behörden und die sonstigen Annahmestellen sind berechtigt, diese Daten ebenso wie die Entscheidung über diesen Antrag einschließlich der Entscheidungsgründe allen an der Finanzierung und der fachlichen Beurteilung dieses Vorhabens beteiligten öffentlichen Stellen in der Bundesrepublik Deutschland und, wenn sich an den beantragten Finanzierungshilfen der EFRE beteiligt, den zuständigen Dienststellen der EU-Kommission zur Verfügung zu stellen.
- Die Einwilligung bezieht sich ausdrücklich auch auf die Erfassung, Speicherung und Verwendung der nach Beendigung des Vorhabens zur Verwendungsnachweiskontrolle erforderlichen persönlichen und sachlichen Daten.
- 10.3 Ich bin/Wir sind damit einverstanden, dass Daten an die Europäische Kommission und/oder die mit Evaluierungen beauftragten Institute weitergegeben werden können.
- 10.4 Ich bin/Wir sind damit einverstanden, dass zur Prüfung des Antrages Sachverständige/ Gutachter hinzugezogen werden können.
- 10.5 Ich bin/Wir sind damit einverstanden, dass das Land Brandenburg bei positiv erfolgter Beschlussfassung über Förderung oder Bewilligung oder Durchführung/Abschluss des Projektes über mein/unser Vorhaben bei Bedarf im Rahmen von Veröffentlichungen oder Presseerklärungen die Öffentlichkeit informiert

ja nein.

Ort, Datum

Unterschrift des Antragstellers/Firmenstempel

11 Erklärung zum Beteiligungsbesitz bei KMU (nur abzugeben, wenn zutreffend¹²)

Ich gehe/Wir gehen aufgrund der Kapitalstreuung nach bestem Wissen davon aus, dass die Betriebsstätte zu einem Unternehmen gehört, das nicht zu 25 % oder mehr unmittelbar im Besitz eines anderen Unternehmens bzw. einer öffentlichen Stelle oder im gemeinsamen Besitz mehrerer verbundener Unternehmen bzw. öffentlicher Stellen ist. Mir/Uns ist bekannt, dass maßgeblich für die Beurteilung, ob ein kleines oder mittleres Unternehmen vorliegt, der Zeitpunkt der Entscheidung der Behörde über die Förderung ist. Da sich die Angaben in Ziffer 1 auf den heutigen Zeitpunkt beziehen, sichere ich/sichern wir hiermit zu, sämtliche Veränderungen in Bezug auf den in Ziffern 1.1, 1.2, 1.3, 2 und 3 abgefragten Sachverhalt unverzüglich der zuständigen Behörde schriftlich mitzuteilen, und zwar über die Stelle, bei der der Antrag eingereicht wird.

Ort, Datum

Unterschrift des Antragstellers/Firmenstempel

12 Bestätigung der Abstimmung

Am _____ erfolgte durch Herrn/Frau _____

(Technologietransferstelle _____)

ein Akquisitionsgespräch mit folgendem Inhalt _____

Besondere Bemerkungen:

Ort, Datum

Unterschrift des/der Beraters/Beraterin/Stempel der Technologietransferstelle
oder der ZAB GmbH

¹² Maßgeblich ist die Situation im Zeitpunkt der Entscheidung der Behörde über die Bewilligung einer Förderung, Änderungen sind daher der zuständigen Behörde mitzuteilen.

Sofern das Unternehmen zu 25 % oder mehr des Kapitals oder der Stimmanteile im Besitz eines anderen oder mehrerer Unternehmen oder Unternehmer steht, ist vom Antragsteller anzugeben, ob die beteiligten Unternehmen oder Unternehmer öffentliche Beteiligungsgesellschaften, Risikokapitalgesellschaften oder institutionelle Anleger sind. Handelt es sich bei den Unternehmen oder Unternehmern um öffentliche Beteiligungsgesellschaften, Risikokapitalgesellschaften oder institutionelle Anleger, ist auch anzugeben, ob die beteiligten Unternehmen oder Unternehmer einzeln oder aber gemeinsam Kontrolle über das Unternehmen ausüben.

Ist aufgrund der Kapitalstreuung nicht zu ermitteln, wer die Anteile hält, ist durch die Antragsteller diese Erklärung abzugeben.

13 Begutachtung durch die ZAB GmbH

Am _____ erfolgte durch Herrn/Frau _____
(ZAB GmbH eine Begutachtung _____)

Besondere Bemerkungen/Votum:

Die Antragsunterlagen wurden geprüft, sind vollständig

und ergaben keine Beanstandungen:

ja nein

Der Antragsteller ist gemäß Richtlinie antragsberechtigt:

ja nein

Die GRW-Förderfähigkeit ist gegeben:

ja nein

Positivliste:

Nr.:

überregionaler Absatz nachgewiesen:

am:

Die Zuwendungsvoraussetzungen gemäß Richtlinie

wurden geprüft und werden erfüllt:

ja nein

Die Zuwendung ist notwendig und angemessen:

ja nein

Bei als förderfähig anerkannten Ausgaben in Höhe von _____ EUR wird ein Zuschuss in Höhe von _____ EUR bei einem Fördersatz von _____ % zur Förderung empfohlen.

Ort, Datum

Unterschrift des/der Beraters/Beraterin/Stempel der ZAB GmbH

14 Ergänzende Unterlagen (☒ = beigelegt)

- 14.1 Zur fachlichen Beurteilung¹³ des Vorhabens sind folgende Unterlagen einzureichen:
- 14.1.1 Einordnung in Branchenkompetenzfelder/Cluster (Anlage) - sofern zutreffend -
- 14.1.2 Angebot der wissenschaftlichen Einrichtung
- 14.2 Kurzfassung der Vorhabensbeschreibung (max. 1-2 Seiten) mit folgenden Angaben:
- ◆ unmittelbares Projektziel/Aufgabenstellung
 - ◆ Lösungsansatz-Methode zur Bewerkstelligung der Aufgabenstellung
 - ◆ Begründung für die Auswahl der Wissenschaftseinrichtung
- 14.3 Zur Unternehmensdarstellung sowie zur Darstellung der gesellschafts- und eigentumsrechtlichen Verhältnisse sind einzureichen:
1. Firmenorganigramm (siehe Anlage „Beispiel Firmenorganigramm“)
 2. vollständiger Handelsregisterauszug in Tabellenform
- nicht älter als 4 Monate (Kopie)
 3. Kopie der Bescheinigung der Zuteilung der Steuernummer des Finanzamtes
 4. Kopie des Personalausweises des Antragstellers (natürliche Person) bzw. der gesetzlichen Vertreter des antragstellenden Unternehmens (juristische Person)
 5. Bescheinigung zur Befreiung vom Vorsteuerabzug - sofern zutreffend -

Hinweis: Die Anforderung weiterer Unterlagen behalten wir uns vor.

¹³ Bei auftretenden Fragen steht Ihnen die ZAB GmbH jederzeit zur Verfügung

Zum Verbleib beim Antragsteller bestimmt

Erläuterungen zum Antragsformular

1 Der Antrag ist vor Beginn des Vorhabens zu stellen. Mit dem Vorhaben darf erst nach Antragstellung begonnen werden. Vorhabensbeginn ist grundsätzlich der Abschluss eines der Ausführung zuzurechnenden Lieferungs- oder Leistungsvertrages.

2/3 Maßgeblich ist die Situation im Zeitpunkt der Entscheidung über die Bewilligung einer Förderung, Änderungen sind daher der zuständigen Stelle unverzüglich mitzuteilen (Ziffer 11 des Antrags).

Kleine und mittlere Unternehmen sind gemäß der Empfehlung der EU-Kommission vom 6. Mai 2003 für staatliche Beihilfen an kleine und mittlere Unternehmen in der Fassung des Amtsblattes der Europäischen Gemeinschaften Nr. L 124 vom 20. Mai 2003, S. 36 solche, die

- weniger als 250 Personen beschäftigen und
- einen Jahresumsatz von höchstens 50 Mio. EUR oder eine Jahresbilanzsumme von höchstens 43 Mio. EUR haben und
- nicht zu 25 % oder mehr des Kapitals oder der Stimmanteile im Besitz von einem oder von mehreren Unternehmen gemeinsam stehen, welche die Definition der KMU nicht erfüllen.

Bei der Prüfung der Einhaltung dieser Kriterien wird die Konzernbetrachtung zugrunde gelegt. Auch die Gesellschafter des Antrag stellenden Unternehmens müssen diesen Kriterien unter Anrechnung der ggf. vorliegenden weiteren Beteiligungen gerecht werden.

8 Hier sind in jedem Fall sämtliche öffentliche Finanzierungshilfen für das Vorhaben anzugeben, d. h. auch dann, wenn diese nicht auf die Förderungssätze anzurechnen sind. Abweichungen sind zu melden. Die Summe der Gesamtfinanzierung muss der Summe der Ausgaben gemäß Ziffer 6 entsprechen.

9.7 Unternehmen in Schwierigkeiten im Sinne der Leitlinien der Gemeinschaft für staatliche Beihilfen zur Rettung und Umstrukturierung von Unternehmen in Schwierigkeiten (ABl. der EU C 244/2 vom 1. Oktober 2004)

Definition Unternehmen in Schwierigkeiten:

Ein Unternehmen befindet sich im Sinne der Leitlinien dann in Schwierigkeiten, wenn es nicht in der Lage ist, mit eigenen finanziellen Mitteln oder Fremdmitteln, die ihm von seinen Eigentümern/Anteilseignern oder Gläubigern zur Verfügung gestellt werden, Verluste einzudämmen, die das Unternehmen auf kurze oder mittlere Sicht so gut wie sicher in den wirtschaftlichen Untergang treiben werden, wenn der Staat nicht eingreift. Das Vorliegen eines Unternehmens in Schwierigkeiten kann anhand der folgenden Kriterien geprüft werden:

1. Formale Definition

Gemäß dem Wortlaut der Leitlinien befindet sich ein Unternehmen unabhängig von der Größe insbesondere in folgenden Fällen in Schwierigkeiten, wenn

- a) bei Gesellschaften mit beschränkter Haftung mehr als die Hälfte des gezeichneten Kapitals verschwunden und mehr als ein Viertel dieses

Kapitals während der letzten zwölf Monate verloren gegangen ist.

b) bei Gesellschaften, in denen mindestens einige Gesellschafter unbeschränkt für die Schulden der Gesellschaft haften, mehr als die Hälfte der in den Geschäftsbüchern ausgewiesenen Eigenmittel verschwunden und mehr als ein Viertel dieser Mittel während der letzten zwölf Monate verloren gegangen ist.

c) unabhängig von der Rechtsform der Gesellschaft die im innerstaatlichen Recht vorgesehenen Voraussetzungen für die Eröffnung eines Insolvenzverfahrens erfüllt sind.

Zur Beurteilung des Vorliegens der o. g. Kriterien dürften in der Regel die letzten 2 Jahresabschlüsse des Unternehmens ausreichend sein.

2. Materielle Definition

Auch wenn das Unternehmen nicht die formale Definition unter 1. erfüllt, kann es sich dennoch um ein Unternehmen in Schwierigkeiten handeln, wenn die folgenden Symptome vorliegen:

- Steigende Verluste
- Sinkende Umsätze
- Wachsende Lagerbestände
- Überkapazitäten
- verminderter Cash-flow
- zunehmende Verschuldung und Zinsbelastung
- Abnahme oder Verlust des Reinvermögenswertes

Die Beurteilung, ob ein Unternehmen in Schwierigkeiten vorliegt, ist im Rahmen einer Gesamtabwägung aller Umstände des Einzelfalls unter Berücksichtigung der letzten Jahresabschlüsse und anderer aussagefähiger Unternehmensdaten vorzunehmen.

3. Erwerb eines Unternehmens aus der Insolvenz heraus

Ein Unternehmen, das von einem Investor aus der Insolvenz heraus erworben wird, ist grundsätzlich kein Unternehmen in Schwierigkeiten, wenn die nachfolgenden Bedingungen erfüllt sind:

Die Betriebsstätte oder Teile hiervon werden zum Marktpreis erworben. Der Kauf zum Marktpreis soll sicherstellen, dass keine Beihilfen vom alten auf das neue Unternehmen übertragen werden und der neue Investor somit eine marktmäßige Kaufentscheidung trifft.

Der Investor muss einen angemessenen Eigenbeitrag erbringen, der dokumentiert, dass er von den Zukunftsaussichten des übernommenen Unternehmens überzeugt ist.

Eine Kofinanzierung der Übernahme des Unternehmens durch eine private Bank zu Marktkonditionen dokumentiert ebenfalls, dass der Erwerbsvorgang zu Marktkonditionen erfolgt.

Hinweise zum Antragsverfahren

Der Antragsteller muss den Hauptsitz oder die Betriebsstätte im Land Brandenburg unterhalten.

Für den Fall, dass im Antragsverfahren Auskünfte an andere als den Antragsteller erteilt werden sollen, ist eine schriftliche Original-Vollmacht unter Angabe der gewünschten Befugnisse vorzulegen.